

**Redeentwurf zur Sondersitzung**  
***Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten***  
***im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den***  
***Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur***  
***Corona-Pandemie am 25. November 2020***

**für Andreas Schwarz**  
**134. Plenarsitzung**  
**am Donnerstag, 26. November 2020**  
**im Landtag von Baden-Württemberg**

**Zeit:** Ab 10 Uhr

**Rededauer:** Freie Redezeit

Redereihenfolge:

MP, FDP/DVP, GRÜNE, CDU, SPD, AfD

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur gemeinsam kommen wir durch diese Krise.

**Ich bin überzeugt davon, dass die große Mehrheit hier im Haus  
dabei die gleichen Ziele verfolgt.**

**Es geht darum, die Gesundheit und das Leben der Menschen in  
Baden-Württemberg zu schützen.**

Dafür sind harte Maßnahmen notwendig.

Diese sind dann auch einzuhalten!

Da sind alle Bürgerinnen und Bürger gefragt.

**Das ist gelebte Solidarität.**

**Und nur so können wir die weitere Ausbreitung dieses Virus  
eindämmen!**

**Das hat höchste Priorität.**

**Wir alle wissen, dass damit harte Einschränkungen einhergehen.  
Das betrifft ganz unmittelbar das Alltagsleben.**

Der Frühsommer hat gezeigt, welche großen Verwerfungen es mit sich bringt, die Schulen zu schließen.

**Meine Position ist klar: Solange es wissenschaftlich vertretbar ist,  
halten wir die Kindertagesstätten und Schulen offen.**

Das ist wichtig für die Familien in Baden-Württemberg.

Und es ist wichtig für jedes einzelne Kind.

Denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Bedürfnisse.

Denn es geht hier um faire Bildungschancen, es geht um Bildungsgerechtigkeit.

**Deswegen lassen wir die Schulen und Kitas offen, soweit das  
möglich ist.**

**Das ist ein Anker der Normalität.**

Und dafür wird meine Fraktion weiter eintreten.

**Ich weiß, mit welchen Problemen viele derzeit kämpfen.**

Kurzarbeit. Angst vor Arbeitslosigkeit.

Drohende Firmenschließungen.

**Die Pandemie und ihre Folgen hat für unsere Wirtschaft harte Konsequenzen.**

Umso wichtiger sind hier die Hilfsprogramme des Landes und des Bundes!

Als Land können wir hier flankieren – der Bund hat bei den Wirtschaftshilfen eine tragende Rolle, der er gerecht werden muss.

Und für uns ist daher klar, dass der Bund die Wirtschaftshilfe auf Dezember ausweiten und für das neue Jahr eine Überbrückungshilfe III anbieten muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ich kann das ja verstehen, wir alle sind müde von dieser Pandemie.  
Ich verstehe das! Es reicht uns allen!  
**Doch das ist dem Virus egal!**

Weil einige das nicht sehen wollen, sage ich es noch einmal deutlich.  
**Die Lage ist dramatisch.**

Ja, Kollege Rülke, wir befinden uns mitten in einer Pandemie.  
Es ist jetzt nicht die Stunde dafür, sich auf Teufel komm raus zu profilieren.

Die FDP schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, die als solche gar nicht unbedingt falsch sind.

Aber sie gehen am Kern vorbei.

Sie erfassen den Ernst der Lage nicht.

Denn täglich sterben hunderte Menschen in Deutschland an Covid-19.  
Die Intensivbetten sind fast ausgelastet, das Pflegepersonal ist am Rand seiner Kräfte.

Wenn jetzt noch ein Autounfall dazu kommt, ein Herzinfarkt, oder eine Verletzung mit Silvester-Feuerwerk, dann kommen wir in den Bereich der Überlast.

Dann wäre die medizinische Versorgung, wie wir sie kennen, nicht mehr gewährleistet.

**Auch deswegen dürfen wir uns jetzt nicht ausruhen.**

**Egal, wie müde wir sind:**

**jetzt geht es darum, das Virus einzudämmen!**

**Und es gibt ja Hoffnung.**

Die aktuellen Zahlen zeigen deutlich: **das exponentielle Wachstum haben wir gebrochen.**

Damit ist ein erstes wichtiges Ziel der Maßnahmen erreicht.

**Die Maßnahmen beginnen zu wirken.**

Aus dem Anstieg der Zahlen haben wir gemeinsam eine Seitwärtsbewegung hinbekommen.

Das reicht jedoch nicht. Wir dürfen jetzt nicht lockerlassen.

Bevor wir wieder zu unbeschwerten Tagen zurückkehren können, müssen die Zahlen erst deutlich zurückgehen.

Denn die Inzidenzwerte im Land sind weiter viel zu hoch.

**Deswegen ist jetzt entschlossenes und beherztes Handeln angesagt.**

Meine Damen und Herren,

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz umfassend ausgeführt.

Es ist gut, dass wir heute zusammenkommen, um diese Beschlüsse zu bewerten.

**Hier, im Parlament, ist genau der richtige Ort für diese Debatte.**

Und wir werden uns – dazu liegen ja Entschließungsanträge vor – als Parlament positionieren. Denn hier ist der Ort der Demokratie!

Das haben wir gemeinsam in unserem **Pandemiegesetz** festgehalten. Damit war Baden-Württemberg Vorreiter bei der Parlamentsbeteiligung. Wir schlagen vor, dieses Gesetz noch einmal nachzujustieren, damit trotz der neuen Fristen im Infektionsschutzgesetz des Bundes eine zeitnahe Parlamentsbeteiligung erfolgen kann.

**Dazu werden wir einen gemeinsamen Entwurf vorlegen!**

Meine Damen und Herren,  
der Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs beginnt mit einem Appell, den wir GRÜNEN mit Nachdruck unterstützen:

Die Zahl der **persönlichen Kontakte** niedrig zu halten, ist die zentrale Maßnahme, um die nationale Gesundheitsnotlage abzuwenden.

Wir alle sind aufgerufen, jetzt jeden nicht notwendigen Kontakt zu vermeiden. Das gilt auch für touristische Reisen. Dafür ist jetzt nicht die Zeit.

In einer freien und aufgeklärten Gesellschaft trägt hier jeder Verantwortung. Alle sind hier aufgefordert, abzuwägen, welche Kontakte vermeidbar sind und welche tatsächlich notwendig sind.

Doch ohne übergreifende Regeln geht es nicht.

Das bedeutet, dass **Betriebe** in einigen Branchen weiter geschlossen bleiben. Der **Einzelhandel** wird unter strengen Auflagen geöffnet bleiben können. *[1 Kunde / 10 qm Verkaufsfläche, ab 800 qm pro 20 qm]*

Diese Maßnahmen sind hart. Doch sie sind notwendig.

Sie müssen flankiert werden. Dazu gehört, dass alle von Schließungen Betroffenen im Dezember weiterhin schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten!

Eine große Einschränkung gibt es bei **privaten Treffen**. Diese werden in den nächsten Wochen auf maximal fünf Personen aus maximal zwei Haushalten beschränkt. Ich finde es klug, dass Kinder unter 14 Jahren davon ausgenommen sind. Dadurch wird diese Regelung handhabbar.

Meine Damen und Herren,

solche Beschränkungen sind nicht einfach, denn sie erfordern immer einen Spagat:

Auf der einen Seite ist klar, dass die persönliche Lebensgestaltung auch in der Pandemie ihren Raum finden muss.

Auf der anderen Seite sind harte Kontakteinschränkungen epidemiologisch unbedingt geboten.

**Die jetzt getroffene Regelung ist unter dieser Abwägung angemessen.**

Zuletzt möchte ich noch einen Aspekt herausgreifen:

Das Infektionsgeschehen verläuft regional unterschiedlich. Deswegen ist es richtig, bei dem Prinzip zu bleiben, auf regionale Besonderheiten spezifisch zu reagieren und insbesondere in Hotspots stärkere Einschränkungen vorzunehmen.

**Insgesamt sind die Beschlüsse der Regierungschefinnen und -chefs der Sache angemessen und finden unsere Unterstützung.**

**Wichtig ist mir, dass diese Regelungen jetzt schnell umgesetzt werden! Dann besteht für alle Klarheit!**

Meine Damen und Herren,

ich habe davon gesprochen, dass es für uns eine sehr hohe Priorität hat, Schulen und Kindertagestätten offen zu halten.

**Es reicht nicht aus, das einfach nur zu wollen.**

Das Ansteckungsrisiko bei Kindern scheint kleiner zu sein, aber es ist nicht null.

Wenn wir uns dafür entscheiden, dass Schulen und Kitas offenbleiben, heißt das, aktiv dafür zu sorgen, dort die Risiken zu reduzieren!

- Deswegen gibt es die Maskenpflicht in der Schule.
- Deswegen gibt es die Aufforderung, regelmäßig zu lüften und die Abstände einzuhalten, so gut das im Klassenzimmer eben möglich ist.
- Und deswegen sind die Schulen aufgefordert, dafür zu sorgen, dass unterschiedliche Jahrgänge sich nicht vermischen.

Mir ist bewusst, dass diese Regeln die Schulen vor große Herausforderungen stellen.

**Mein Dank gilt deswegen den Lehrerinnen und Lehrern genauso wie den Schulleitungen, die in dieser Situation Großes leisten.**

Wir sind als Land aufgefordert, diese Leistung intensiv zu unterstützen.

- So haben wir jetzt begonnen, zusätzliche Mittel an die Schulen zu geben, damit diese Filtergeräte und Hardware für die Digitalisierung anschaffen können.
- Wir haben die Hürden für den Abruf der Digitalisierungsmittel gesenkt.

Das sind erste Schritte.

Aber das reicht nicht aus. Es hilft niemanden, wenn das Kultusministerium und die Schulträger hier gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigen. **Denn es geht hier schließlich um die Gesundheit unserer Kinder!**

Deswegen rege ich vier Maßnahmen an.

- Erstens ist es wichtig, schnell **Filtergeräte und CO2-Ampeln** in die Klassenzimmer zu bringen.
- Zweitens brauchen Schulen einen klaren rechtlichen Rahmen. Im Frühsommer fand der Fernunterricht oft improvisiert statt. Über die Sommerferien haben viele Schulen sich vorbereitet, Inhalte digital zur Verfügung zu stellen und den Fernunterricht mit pädagogischen Konzepten zu hinterlegen. **Viele Schulen sind bereit, einen Teil der Schülerinnen und Schüler digital zu unterrichten.** Gerade bei weiterführenden Schulen kann ein solcher Ansatz gut funktionieren. Damit können die Kontakte in der Schule reduziert werden und so das Risiko reduziert werden. **Als Land sollten wir das unterstützen und den Schulen dafür den Rücken stärken.**
- Drittens möchte ich auf die Corona-Warn-App hinweisen. Offiziell ist diese bisher erst ab 16 Jahren zugelassen. In vielen Klassenzimmern müssen Handys ausgeschaltet werden. Das ist in dieser Situation kontraproduktiv. **Vielmehr sollten wir dafür werben, diese App auch in der Schule einzusetzen!**
- Viertens kann ich es sehr gut verstehen, wenn Lehrkräfte sich um ihre eigene Gesundheit sorgen. Deswegen halte ich es für richtig, wenn das Land hier bei Bedarf **FFP2-Masken** zur Verfügung stellt.

Meine Damen und Herren,  
die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen offen zu halten, ist voraussetzungsvoll.

Es braucht dafür in dieser Pandemie-Situation einen Plan.

**Deswegen plädieren wir dafür, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, um klare Regeln zu vereinbaren.**

Verlässlichkeit und klare Vereinbarungen sind die Grundlage dafür, dass Schulen offengehalten werden können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas zu den **Weihnachtsferien und zu den Weihnachtsfeiertagen** sagen.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs haben sich jetzt darauf geeinigt, die Weihnachtsferien in den Schulen einige Tage früher anfangen zu lassen.

Es ist gut, dass das jetzt einheitlich geregelt ist.

Wichtig ist mir, dass eine Notbetreuung angeboten wird für die Kinder, bei denen die Eltern nicht kurzfristig frei nehmen können.

Und es ist mir wichtig, dass sichergestellt ist, dass diese Tage tatsächlich dafür genutzt werden, die Tage vor dem Weihnachtsfest möglichst isoliert zu verbringen.

Sonst geht diese Maßnahme nach hinten los.

Für die Weihnachtszeit sieht der Beschluss Ausnahmen vor.

Die Weihnachtstage und die sogenannte Zeit „zwischen den Jahren“ ist für den familiären und gesellschaftlichen Zusammenhalt immens wichtig.

Mit den aktuellen Regelungen wird ermöglicht, Weihnachten im Familienkreis zu feiern. **Das ist auch mir ein wichtiges Anliegen!**

Gleichwohl verbinde ich das mit dem Appell, sorgsam und umsichtig mit dieser Möglichkeit umzugehen.

**Ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf:**

- Bitte wägen Sie auch in dieser Woche genau ab, welche Kontakte für Sie erforderlich sind und wo darauf verzichtet werden kann. Denn es liegt in unserer Hand, wie viele Menschen zukünftig von der Infektion betroffen werden und wie lange die Maßnahmen anhalten müssen.

**An Weihnachten geht es um die frohe Botschaft – nicht darum, das Virus zu verbreiten!**

Da sind wir alle gefragt.

Von Flensburg bis Freiburg: gemeinsam solidarisch!

Meine Damen und Herren,  
wenn ich über den Jahreswechsel hinausschaue, dann kann ich  
feststellen: **Baden-Württemberg ist gut vorbereitet!**

**Denn wir müssen uns auf einen harten Winter einstellen.**

Das heißt auch, dass die sogenannten Novemberhilfen zu Winterhilfen  
werden müssen.

Meine Erwartung ist, dass die Bundesregierung hier schnell aktiv wird  
und die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Verlängerung  
schafft. Wir dürfen die von Schließungen betroffenen Branchen nicht im  
Stich lassen!

Das betrifft auch beispielsweise die Soloselbstständigen und  
Künstlerinnen und Künstler.

Ich finde es schwer nachvollziehbar, wenn der Bund eine Novemberhilfe  
angekündigt, aber diese erst im Dezember auszahlt – das geht nicht!

**Das Geld muss bei den Leuten ankommen. Darum geht es jetzt!**  
**Daher ist es gut, dass nun Abschlagszahlungen erfolgen.**

Als Land stehen wir bereit, diese Maßnahmen zu flankieren und zu unterstützen.

Die tragende Rolle liegt beim Bund.

Im Land brauchen wir eine Soforthilfe II für die Kultur, eine Soforthilfe II für den Verkehrsbereich.

**Das ist in der Pipeline. Das wird kommen, und das ist gut so.**

Mit unserem Programm „**Zukunftsland Baden-Württemberg – stärker aus der Krise**“ werden wir als Land Investitionsimpulse setzen. Auch das läuft jetzt an.

[Wir tun sehr viel dafür, damit Baden-Württemberg ein starker Wirtschaftsstandort bleibt, damit Arbeitsplätze und Geschäfte erhalten bleiben.

**So kann es gemeinsam gelingen, tatsächlich „stärker aus der Krise“ zu kommen.]**

**Ich möchte an dieser Stelle dennoch eine deutliche Warnung aussprechen.**

In der Krise haben Bund und Länder die Geldschränke geöffnet.  
Das ist und war richtig, weil wir jetzt handeln müssen.

Mir ist es wichtig, dass dies mit Umsicht geschieht.

Die Maßnahmen, die jetzt gefördert werden, müssen Wirkung zeigen.  
Und sie müssen effizient sein.

**Es darf nicht zur Gewohnheit werden, zur Steuergießkanne zu greifen.**

Ich beobachte mit Sorge, dass Bundesfinanzminister Scholz neue Schulden in Höhe von insgesamt rund 300 Milliarden Euro angekündigt hat.

**Das ist etwa sechs Mal so viel wie unser Landeshaushalt!**

Die Coronakrise ist heftig. Jetzt zu handeln ist richtig.

Wir brauchen jedoch morgen ebenso eine Grundlage, um die Klimakrise zu bekämpfen, um die Transformation der Wirtschaft zu gestalten, damit Deutschland weiter ein Land mit hoher Lebensqualität bleibt.

**Das darf jetzt nicht verspielt werden!**

Meine Damen und Herren,  
blicken wir weiter auf die nächsten Monate.

**Die ersten Impfstoffe zeigen in Tests eine sehr gute Wirkung.**

Die Entwicklungs- und Forschungsarbeit, die hier in hohem Tempo stattfindet, ist beeindruckend. Das gilt umso mehr, wenn man weiß, dass es üblicherweise mehrere Jahre dauert, bis aus einer Idee ein zugelassener und wirksamer Impfstoff entsteht.

Von der großen Leistung, die bei der Impfstoffentwicklung in medizinischem Neuland stattfindet, konnte ich mich selbst im Gespräch mit einem führenden Tübinger Unternehmen überzeugen.

Es ist gut, dass wir dieses Know-How auch hier im Land haben!

Wir suchen dazu immer wieder das Gespräch mit Medizinerinnen und Medizinern. So hat ein renommierter Virologe im Austausch mit meiner Fraktion sehr eindringlich dargestellt, dass die baldige Verfügbarkeit eines Impfstoffs eine gute Nachricht ist, wir uns aber darauf einstellen müssen, dass es noch einige Zeit dauert, bis dieser wirklich breit verteilt werden kann.

Wichtig ist mir:

Sobald die Impfstoffe zugelassen und verfügbar sind, kann in Baden-Württemberg damit begonnen werden, die Bevölkerung zu impfen.

**Unser Gesundheitsminister Manne Lucha hat dazu mit großem Engagement eine Impfkonzepption entwickelt.**

Impfbestecke sind bestellt und die ersten Impfzentren sind eingerichtet.

In der Minute, in der der Impfstoff da ist, kann der Impfbetrieb starten.

Zunächst werden Risikogruppen geimpft, dann das medizinische Personal, Polizei und Feuerwehr.

Danach werden die Impfzentren für die Bevölkerung insgesamt geöffnet.

**Das ist die richtige Prioritätensetzung!**

Wichtig ist es, dann wirklich alle zu erreichen. Nach den ersten Phasen wird die Impfung in die Regelstrukturen der Arztpraxen übergehen können. Flankierend setzen wir auf mobile Impfteams, die zum Beispiel Pflegeheime aufsuchen können.

Mit diesen Maßnahmen werden wir nach und nach die notwendige Immunität erreichen.

Ich sage dazu: das wird nicht von heute auf morgen gehen.

**Und es wird nur funktionieren, wenn alle mitmachen.**

Denn es ist ein **Akt gelebter Solidarität**, sich impfen zu lassen, und so nicht nur sich selbst, sondern auch andere zu schützen!

**Baden-Württemberg ist gut vorbereitet auf diese logistische Großleistung. Dafür gebührt mein Dank und Lob noch einmal dem Gesundheitsministerium unter der Leitung von Minister Lucha!**

Herr Minister,

dass wir in Baden-Württemberg diese Krisensituation gemeinsam gut bewältigen – **ja, schauen Sie sich nur um, wie es in den Nachbarländern aussieht, wie es in Frankreich, in der Schweiz, in Österreich aussieht!** – dass wir im Vergleich gut dastehen, das ist ganz wesentlich ein Verdienst des Krisenmanagements dieser Regierung.

Und in allererster Reihe ist das ihr Verdienst, Herr Minister!

Ich freue mich, in einem Land zu leben, in dem diese Herausforderungen so engagiert angegangen werden.

Weil das vielleicht einigen nicht präsent ist, was das Gesundheitsministerium hier alles hervorragend organisiert, weise ich gerne noch einmal darauf hin:

- die Impfkonzepion steht in den Startlöchern,
- den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Kliniken haben wir ausgebaut,
- wir haben Schutzausrüstung und Masken beschafft.
- Ich erinnere an die Teststrategie und den „Schnupfengipfel“,
- und, nicht zuletzt, haben wir gut umgesetzte Pandemiestufen mit klaren Regeln!

**Herzlichen Dank dafür!**

Bitte geben Sie diesen Dank auch weiter an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- im Ministerium,
- im Landesgesundheitsamt,
- in den Kreisgesundheitsämtern
- und in den Gesundheitsberufen!

**An alle, die dazu beitragen, dass wir gemeinsam gut durch die Krise kommen!**

**Und es ist auch völlig richtig, dass wir dieses Engagement honorieren.** Mit Prämien in der Altenpflege ebenso wie jetzt in der Krankenpflege. Denn unsere Gesundheit hängt von dieser Leistung ab!

Meine Damen und Herren,

**Solidarität ist das Wort der Stunde.**

**Nur gemeinsam schaffen wir es durch die Krise!**

Und die allermeisten Menschen sind da sehr vernünftig und tragen die Maßnahmen weiterhin mit.

**Die allermeisten Menschen verhalten sich umsichtig und besonnen.**

Die allermeisten Menschen.

Das gilt aber nicht für die AfD. Herr Gögel: Ihr Pressesprecher hat in der Stuttgarter Zeitung am 13.11. mitgeteilt, dass er Ansteckungen billigend in Kauf nehme. **Es sei nicht Aufgabe der Regierung, das Volk vor dem Tod zu schützen.** Das sagt IHR Pressesprecher, das ist die Aussage Ihrer Fraktion.

Diese Aussage ist **widerwärtig**, sie ist **abstoßend**, sie ist **menschenverachtend!**

Sie zeigen damit, dass die AfD die Schwächeren gerade **nicht** schützen will, sondern sie sich selbst überlassen möchte.

**Ihre Einstellung ist lebensgefährlich!**

Mir reicht es mit den Märchen, die Sie, hier immer wieder zum Besten geben. Covid-19 ist eine gefährliche Infektionskrankheit mit schweren Verläufen. Das ist der Stand der Wissenschaft. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

**Sie würden den Tod von Menschen billigend in Kauf nehmen! Was für ein widerwärtiges Weltbild ist das bitte?!**

Unser Gesundheitssystem wird überlastet, wenn die exponentielle Ausbreitung des Virus nicht eingedämmt wird. Darin liegt unsere Aufgabe. Das ist der Kern der Politik!

**Und das tun wir hier in diesem Haus [*Geste von CDU bis SPD*].**

**Wir handeln und wir tragen die Verantwortung. Wir diskutieren gemeinsam über den besten Weg.**

An diesen demokratischen Debatten beteiligen Sie sich nicht.

Sie diskreditieren sie vielmehr.

Sie leugnen die Realität.

Sie suchen ganz bewusst die Nähe zu einer radikalen Bewegung.

Es ist Heuchelei, wenn Sie anderes behaupten!

Wenn ein Herr Gauland sich hinstellt und behauptet, nicht zu wissen, dass seine Fraktion Störer in den Bundestag einschleuste!

Was für eine Heuchelei!

Sie machen sich gemein mit den Querdenkern, mit Reichsbürgern, mit Rechtsextremen. Ihr Umfeld diskreditiert die Opfer des Nationalsozialismus! Das sind unerträgliche Vergleiche, die auf diesen Demos fallen.

**Hier ist die Polizei gefragt, hier ist der Verfassungsschutz gefragt!**

Meine Damen und Herren,

**lassen Sie mich zum Schluss noch auf unseren Entschließungsantrag eingehen.**

Das Parlament ist der Ort, in dem wir in der Demokratie die getroffenen Maßnahmen diskutieren und letztlich auch darüber entscheiden.

Das gilt auch in der Krise.

Wir stellen fest: die Gesundheitsnotlage besteht weiterhin.

- Deswegen sind die Beschlüsse der Regierungschefs richtig.
- Die meisten Menschen tragen diese mit, verhalten sich umsichtig und besonnen.
- Wir legen Wert darauf, Schulen und Kindertagesstätten offen zu halten. Das ist voraussetzungsreich, wie ich es erläutere habe.
- Das Wirtschaftsleben hat ebenfalls eine hohe Priorität. Deswegen setzen wir uns für wirkungsvolle Unterstützungsmaßnahmen ein. Dem Bund kommt hierbei eine tragende Rolle zu.
- Wir wollen den Familien ermöglichen, Weihnachten zu feiern. Auch dabei sind Umsicht und Besonnenheit der Maßstab.
- Schließlich rufen wir dazu auf, die Impfkonzepktion, die Minister Lucha vorgelegt hat, zügig umzusetzen. Dabei möchte ich noch einmal dafür werben, sich impfen zu lassen, sobald dies möglich ist. Das ist gelebte Solidarität!

Meine Damen und Herren,  
in diesen Tagen verabschieden wir uns häufig mit den Worten  
„Bleiben Sie gesund!“

Dahinter steckt nicht nur der Wunsch, dass das Gegenüber von  
Krankheit verschont bleiben möge.

In diesen Worten steckt auch eine Aufforderung. Die Aufforderung  
nämlich, selbst alles Menschenmögliche dafür zu tun, gesund zu bleiben.

Das heißt:

- Abstände einzuhalten und die Maske zu tragen,
- bei Schnupfen und Husten nicht an den Arbeitsplatz oder in die Schule  
zu gehen,
- Hygieneregeln einzuhalten und regelmäßig zu lüften.

Das mag banal, ja geradezu selbstverständlich klingen, dennoch wird all  
zu oft dagegen verstoßen.

Aber nur gemeinsam, nur in gelebter Solidarität bekommen wir das Virus  
eingedämmt.

Wir sind aufeinander angewiesen. Und das betrifft ganz besonders die  
Weihnachtsfeiertage. Hier liegt es an jedem einzelnen, besonnen mit  
den nun ermöglichten Freiheiten umzugehen.

**In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!**